

Informationen zur Datenverarbeitung für Hinweisgeber*innen gem. Art. 13 DSGVO

1. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Der Verantwortliche für die Verarbeitung Ihrer Daten zu dem unten beschriebenen Zweck ist:

Bernd Jorkisch GmbH & Co. KG
Hoken 15 - 19
24635 Daldorf
Telefon: +49 (0)4328 178 0
Fax: +49 (0)4328 178 238
E-Mail: luers@jorkisch.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

datschutz@jorkisch.de oder unserer Postadresse mit dem Zusatz „der Datenschutzbeauftragte“

3. Zweck der Datenverarbeitung und die Rechtsgrundlage

Die Verantwortliche Stelle ist nach § 12 des Hinweisgeberschutzgesetzes (HinSchG) gesetzlich verpflichtet, eine *interne Meldestelle* einzurichten und zu betreiben. Interne Meldestellen prüfen eingegangene Meldungen und leiten diese (nach den Vertraulichkeitsgeboten und deren Ausnahmen §§8 und 9 HinSchG) an die zuständigen Stellen der Unternehmensführung zur Ergreifung von Folgemaßnahmen weiter.

Das Verfahren verfolgt den Zweck, Rechtsverletzungen im Unternehmen frühzeitig zu erkennen oder durch Hinweise zu verhindern, abzustellen und/oder zu ahnden.

Das Hinweisgeberschutzgesetz richtet sich an Beschäftigte und dem Beschäftigungsgeber überlassene Leiharbeitnehmer. Sie können als hinweisgebende Personen Informationen über Verstöße an die Meldestelle melden. Dazu können Sie sich an die hier beschriebene *interne Meldestelle* oder alternativ an eine externe Meldestelle (§§ 19 bis 24 HinSchG) wenden.

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung:

Die Verarbeitung personenbezogener Daten (pbD) in der internen Meldestelle erfolgt auf Grundlage des Art. 6, Abs. 1, lit c) (rechtliche Verpflichtung) iVm § 10 HinSchG. Besondere Kategorien personenbezogener Daten werden nach Art. 9, Abs. 2, lit b) (rechtliche Verpflichtung) iVm. § 10 HinSchG verarbeitet.

Die Verarbeitung der in den Meldungen genannten pbD erfolgt nach den Grundsätzen der §§ 8,9,10,11 HinSchG.

Vor einer Weitergabe pbD an das Unternehmen, welche über den § 9, Abs.2 HinSchG hinausgeht, wird von der hinweisgebenden Person eine gesonderte Einwilligung eingeholt.

Ausschließlich, und nur sofern es zur Wahrung der unternehmerischen Interessen (Ergreifen von Folgemaßnahmen) notwendig ist, erfolgt die Verarbeitung auf Art. 6, Abs. 1, lit f) DSGVO; Interessenabwägung: Das Unternehmen hat ein berechtigtes Interesse an der Prävention und Aufdeckung von Verstößen und zur Überprüfung interner Prozesse auf ihre Rechtmäßigkeit und zur Wahrung der Integrität.

4. Kategorien der personenbezogenen Daten

Grundsätzlich ist die Nutzung des Meldesystems ohne die Angabe personenbezogener Daten möglich. Sie können jedoch im Rahmen des Hinweisgeberprozesses freiwillig personenbezogene Daten bekanntgeben, insbesondere Angaben zu

- Ihrer Identität, z.B. Vor- und Nachname,
- Ihre Kontaktdaten, z.B. E-Mail-Adresse oder Telefonnummern
- Ihrem Unternehmen/das Land, auf das sich Ihre Meldung bezieht

Grundsätzlich erfragen und verarbeiten wir keine besonderen Kategorien personenbezogener Daten, bspw. Informationen zur ethnischen Herkunft, religiöser und/oder weltanschaulicher Überzeugung, Gewerkschaftszugehörigkeit, sexuellen Orientierung oder Gesundheitsdaten.

Der von Ihnen gegebene Hinweis kann darüber hinaus personenbezogene Daten Dritter enthalten, auf die Sie sich in Ihrem Hinweis beziehen. Betroffene Personen erhalten die Möglichkeit, sich zu den Hinweisen zu äußern. In diesem Fall werden wir die betroffenen Personen über den Hinweis informieren. Auch in diesem Fall ist Ihre Vertraulichkeit gewahrt, da der betroffenen Person – soweit rechtlich möglich – keine Angaben zu Ihrer Identität gemacht werden und Ihr Hinweis so verwendet wird, dass Ihre Anonymität nicht gefährdet ist.

5. Kategorien von Empfängern

Gemäß § 8 HinSchG haben Meldestellen die Vertraulichkeit der Identität der hinweisgebenden Personen sowie Personen, die Gegenstand der Meldung sind, zu wahren.

Falls es für den besonderen Fall erforderlich ist, gemeldete Angaben in nicht anonymisierter Form an Personen außerhalb der Meldestelle weiterzugeben, geschieht dies

- unter den Voraussetzungen des § 9 HinSchG: Es liegen Ausnahmen vom Vertraulichkeitsgebot nach § 9 HinSchG vor, z.B. wenn vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Informationen über Verstöße gemeldet wurden oder wenn dies auf Verlangen von Strafverfolgungsbehörden oder gerichtlichen Entscheidungen geschieht.
- auf der Grundlage einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO sowie Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO, die wir zuvor von Ihnen einholen, z.B. für die weitere Prüfung des von Ihnen gemeldeten Sachverhalts oder zum Ergreifen von Folgemaßnahmen.

Ihre personenbezogenen Daten können an folgende Empfänger übermittelt werden:

- Unter Einhaltung der Vertraulichkeitsgebote des Gesetzes evtl. die Geschäftsleitung und betroffene Fachabteilungen
- ggf. Weitergabe an andere zuständige Behörden (z.B. Polizei, Finanzamt)
- IT-Dienstleister – Für die technische Umsetzung des Meldesystems beauftragen wir sorgfältig ausgewählte Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DSGVO

Eine Datenübermittlung in Drittländer außerhalb der EU/EWR ist nicht vorgesehen.

6. Dauer der Speicherung

Die Dokumentation erfolgt nach den Grundsätzen des § 11 HinSchG. Die Dokumentation wird drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens gelöscht. Die Dokumentation kann länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach diesem Gesetz oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

7. Bestehende Datenschutzrechte

Sie haben das Recht,

- Auskunft über die bei uns gespeicherten Daten zu erhalten,
- eine Einwilligung (sofern erteilt) für die Zukunft zu widerrufen,
- der Verarbeitung Ihrer Daten zu widersprechen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben,
- dass unrichtige Daten über Sie bei uns berichtigt werden,
- dass nicht mehr erforderliche Daten über Sie bei uns gelöscht werden,
- dass unter bestimmten Bedingungen die Verarbeitung Ihrer Daten eingeschränkt wird und
- Ihre Daten in einem maschinenlesbaren Format zu erhalten (Übertragbarkeit).

Möchten Sie eines Ihrer Rechte in Anspruch nehmen, dann wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen (siehe oben).

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt oder Ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche sonst in einer Weise verletzt worden sind, können Sie sich bei der Aufsichtsbehörde beschweren.

Die Kontaktdaten der Datenschutzaufsichtsbehörden sind folgendem Link zu entnehmen:

<https://www.bfdi.bund.de/DE/Service/Anschriften/Laender/Laender-node.html>